



AfD Kreisverband Bochum  
**Kommunalwahlprogramm 2020**

Impressum: Bochum. Meine Stadt. Kommunalwahlprogramm 2020-2025  
Herausgeber: Alternative für Deutschland KV Bochum - Postfach 10 22 05 - 44722 Bochum  
E-Mail: [info@afdbochum.de](mailto:info@afdbochum.de)  
Internet: [www.afdbochum.de](http://www.afdbochum.de)  
Verantwortlich: Sprecher Markus Scheer

1	Präambel	S. 6
2	Bürgerbeteiligung und Demokratie	S. 7
	2.1 Mehr Bürgerbeteiligung bei wichtigen Entscheidungen	
	2.2 Bochumer Filz	
	2.3 Mehr Transparenz in Politik und Verwaltung	
	2.4 Demokratische Meinungsvielfalt stärken	
3	Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit	S. 9
	3.1 Öffentliche Sicherheit	
	3.2 Sicherheitskonzept	
	3.3 Drogenbekämpfung	
	3.4 Schutz jüdischer Bürger und Einrichtungen	
	3.5 Clankriminalität	
	3.6 Saubere Stadt	
4	Kommunale Infrastruktur	S. 11
	4.1 Keine Privatisierung von Infrastruktur und Grundversorgung	
	4.2 Sanieren statt Flickenschusterei	
	4.3 Transparenz bei Vergabe städtischer Aufgaben	
	4.4 Gigabit-City: zügige Umsetzung	
5	Mobilität	S. 13
	5.1 Realismus statt Ideologie	
	5.2 Raum für den Individualverkehr	
	5.3 Keine Elektrobusse	
	5.4 Tempo 30: Kein Beitrag zum Klimaschutz	
	5.5 Interkommunale Zusammenarbeit	
6	Wirtschaft und Arbeit	S. 16
	6.1 Vorrang der einheimischen Wirtschaft	
	6.2 Einzelhandel unterstützen	
	6.3 Gastronomie und Tourismus fördern	
	6.4 Kammerzwang abschaffen	
	6.5 Gewerbesteuer senken	
7	Energie und Umwelt	S. 18
	7.1 Bezahlbare Energieversorgung	
	7.2 Grundwasser und Umwelt vor Giftstoffen schützen	
	7.3 Gepflegtes Stadtgrün	
	7.4 Bauliche Verdichtung mit Maß und Ziel	
	7.5 Beendigung des „Klimanotstands“	
8	Soziale Stadt	S. 20
	8.1 Wohnungspolitik	
	8.2 Barrierefreie Stadt	
	8.3 Effektivere Förderung von Wohnungslosen	
	8.4 Tierschutz verbessern	

9	Kinder und Familie 9.1 Für eine kinderbejahende Gesellschaft 9.2 Kommunalpolitik auf Familien ausrichten 9.3 Qualität der Kinderbetreuung verbessern 9.4 Neue Freizeitangebote für unsere Kinder	S. 22
10	Schule und Bildung 10.1 Bildungsgerechtigkeit durch Differenzierung 10.2 Beschulung von Migrantenkindern 10.3 Förderschulen erhalten 10.4 Keine Container als Klassenräume für (Grund-)Schulklassen 10.5 Digitalisierung ersetzt nicht analoges Lernen 10.6 Sanierungsstau abbauen	S. 24
11	Gesundes Bochum 11.1 Gesundheit und Pflege 11.2 Medikamentenversorgung sicherstellen 11.3 Pandemieplanung	S. 27
12	Sport 12.1 Alternativen zu Plastikgranulat auf Kunstrasenplätzen 12.2 Schwimmen lernen 12.3 Förderung des Ehrenamts im Sport 12.4 Vereine 12.5 Individualsport	S. 29
13	Stadtfinanzen 13.1 Verantwortlicher Umgang mit Steuergeldern 13.2 Senkung städtischer Steuern und Gebühren 13.3 Ausstieg aus dem EKOCity-Verbund 13.4 Schattenhaushalte offenlegen und beenden 13.5 Spekulationsgeschäfte verhindern	S. 31
14	Zuwanderung und Integration 14.1 Integration 14.2 Keine Förderung verfassungsfeindlicher Religionsvereine 14.3 Sichere Heimat statt „Sicherer Hafen“ 14.4 Abschiebeinitiative 2020 starten 14.5 Keine Gesundheitskarte für Asylbewerber als freiwillige Leistung 14.6 Leistungen für Asylbewerber anpassen 14.7 Altersprüfung für unbegleitete „minderjährige“ Asylbewerber	S. 34
15	Kultur 15.1 Kultur fördern, aber richtig 15.2 Demokratische Grundhaltung einfordern 15.3 Förderung mit Augenmaß 15.4 Brauchtum pflegen	S. 36



## **1 Präambel**

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Kommunalwahlen 2020 in Nordrhein-Westfalen stehen im Zeichen eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels. Noch nie haben so große Teile der einheimischen Bevölkerung ihren unmittelbaren Lebensraum, ihre Heimat, als so unsicher erfahren wie heute. Dieser Verlust an Lebensqualität und Freiheit wird von vielen als innere Verletzung erlebt. Die Alternative für Deutschland (AfD) ist nicht bereit, diesen Zustand widerspruchlos hinzunehmen.

Bei der Kommunalwahl 2020 wird die AfD erneut in den Stadtrat von Bochum einziehen. Wir werden dort, wie schon in den letzten Jahren, unsere Stimme erheben, die Probleme beim Namen nennen und uns für das Wohl der Bochumer Bürger stark machen. Mit keiner bisher spielen – im Gegensatz zu anderen im Stadtrat vertretenen Fraktionen – bei uns Parteiklüngel, Ideologie und taktische Spielereien keine Rolle. Unsere Anträge und Entscheidungen richten wir ausschließlich an Bürgerinteressen und am Gemeinwohl aus.

Alle Fraktionen, mit Ausnahme der AfD, haben beispielsweise unlängst das Ausrufen des Klimanotstands für Bochum beschlossen. Jeder rational denkende Mensch wird zu der Erkenntnis kommen, dass in Bochum kein wirklicher Notstand herrscht. Mit keiner Maßnahme, die der Stadtrat beschließt, lässt sich das globale Klima beeinflussen. Dennoch übertrumpfen sich alle anderen Parteien und Fraktionen in Ihren Bemühungen, das Weltklima zu retten. Heraus kommt teure Symbolpolitik.

Statt absurder Klimarettung setzen wir auf nachhaltigen Umweltschutz. Dieser fängt vor der Haustüre an. Seit Jahren ärgern sich die Bürger über „wilde“ Müllkippen im Stadtgebiet. An vielen Stellen fehlen Mülleimer und Ascher. Ein zusätzlich verstörender Faktor ist die fehlende Einsicht und Disziplin einiger Mitbürger, ihren Müll ordnungsgemäß zu entsorgen. Hier muss durch konsequenteres Vorgehen der Ordnungsbehörden korrigierend eingegriffen werden.

Eine saubere Stadt trägt zum Sicherheitsgefühl der Bürger bei. Bei der AfD steht das Thema Sicherheit ohnehin oben auf der Agenda. Alle Ansätze, die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, müssen scheitern, wenn man, wie in der Vergangenheit, das Entstehen von Angsträumen zulässt. Deshalb ist es beispielsweise so wichtig, durch Zusammenwirken von Verwaltung und Polizei die Entwicklung und Ausbreitung von Clankriminalität zu verhindern und entstandene Strukturen zu zerschlagen.

Unsere Fraktion hat sich im Stadtrat, oft als einzige, gegen fragwürdige und teure Entscheidungen der großen Mehrheit gestellt. Dabei ging es zumeist um viel Geld. Wir waren gegen risikobehaftete Fremdwährungskredite und wir wollten auch keine Beteiligung der Stadt an der STEAG. Allein infolge dieser beiden Fehlentscheidungen des Stadtrates wurde ein dreistelliger Millionenbetrag versenkt. Wir haben auch gegen die viel zu teure Anmietung von Büroflächen für die Stadtverwaltung im Viktoria-Karee gestimmt. Wir glauben nicht an den Erfolg einer Markthalle in einem Verbund mit Volkshochschule und Stadtbibliothek. Dieses Experiment wird die Bochumer Bürger ohne die zu erwartenden Nachfolgekosten mindestens 90 Mio. Euro kosten.

Am 13. September wählen Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, einen neuen Oberbürgermeister und einen neuen Stadtrat. Sie entscheiden, ob ideologiefreie und verantwortungsvolle Politik in Bochum mehr Gewicht bekommen soll.

**Unterstützen Sie mit Ihrer Stimme die AfD.**

## **2 Bürgerbeteiligung und Demokratie**

### **2.1 Mehr Bürgerbeteiligung bei wichtigen Entscheidungen**

Demokratische und optimale Entscheidungen kommen zustande, wenn im Vorfeld alle Meinungen vorurteilsfrei eingeholt werden und ein offener Wettbewerb um die besten Ideen stattfindet. Die AfD fordert, vor wichtigen Entscheidungen Bürgerversammlungen einzuberufen, um mit den betroffenen Bürgern frühzeitig Veränderungen, Kosten und Zeitrahmen zu besprechen. Bürgerinnen und Bürger müssen die Gelegenheit haben, aktiv Veränderungen in ihrer Stadt mitzugestalten.

In der parlamentarischen Demokratie besteht die Gefahr, dass Wenige eigene Interessen oder Machtkalkül zum Kriterium ihrer Entscheidung machen. Um solchen „Elitenentscheidungen“ entgegenzuwirken, halten wir die ergänzende Bürgerbeteiligung für ein ideales Korrektiv zur Wahrung von Objektivität und Allgemeinwohl. Diese Erkenntnis ist nicht nur für die Schweiz richtig, sondern auch für die EU, für Deutschland und sogar für Bochum.

Die Gemeindeordnung gibt jedem Bürger die Möglichkeit, eine „Bürgeranregung“ in den Rat oder in die Bezirksvertretung einzubringen. Diese wird dann im zuständigen Ausschuss behandelt, und kann dort vom Antragsteller begründet werden. Auf diesem Weg kann jeder Bürger etwas für seine Straße, seinen Stadtteil, etwa für die Sauberkeit oder die Pflege seines Stadtteilparks, tun. Diese Möglichkeit möchte die AfD Bochum stärken und ausbauen, indem die Bürger über diese Möglichkeit aufgeklärt und zu einer stärkeren Nutzung ermutigt werden.

### **2.2 Bochumer Filz**

Die AfD fordert die Einschränkung von Nebentätigkeiten und Aufsichtsratsfunktionen von Mandats- und Amtsträgern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Ämter und Führungspositionen nicht nach Parteibuch, sondern ausschließlich nach persönlicher und fachlicher Qualifikation besetzt werden. Ein konkretes Stellenprofil mit präzisen Qualifikationsanforderungen und eine unabhängige Besetzung des Auswahlgremiums soll bewirken, dass die öffentlichen Stellen unpolitisch vergeben werden. Wir fordern eine volle Transparenz bei der Ausschreibung von Stellen sowie der herangezogenen Kriterien bei deren Besetzung, inklusive einer schriftlichen Begründung.

Die mehrheitlich-politische Besetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten in städtischen Betrieben wollen wir abschaffen. Ämterhäufung wollen wir beschränken, indem jeder Politiker maximal zwei Aufsichtsratspositionen übernehmen darf. Außerdem wollen wir die Vergütungen für Aufsichtsratsmandate reduzieren.

### **2.3 Mehr Transparenz in Politik und Verwaltung**

Die in der Gemeindeordnung geregelte Öffentlichkeit von Sitzungen der Kreis- und Gemeinderäte gibt dem Oberbürgermeister sehr viel Spielraum, die Öffentlichkeit auszuschließen und so „Hinterzimmerpolitik“ zu betreiben. Themen, die politisch brisant sind, werden auf diese Weise aus dem öffentlichen Diskurs gehalten. Das kritische Hinterfragen wird verhindert oder Fehlentscheidungen werden unter den Teppich gekehrt, da selbst die Ratsmitglieder bei diesem Vorgehen zur absoluten Verschwiegenheit verpflichtet sind.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass, soweit nicht anderweitige Interessen überwiegen, alle Entscheidungen in Ausschüssen und Rat in öffentlicher Sitzung getroffen werden. Ausnahmen sollen der Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit der im Rat vertretenen Parteien bedürfen.

Liveübertragungen aus den Ratssitzungen mit Kommentarfunktion sollen Einblick in behandelte Themen und die Positionen der Parteien bieten. Angesichts moderner Kommunikationstechnik wäre dies mit vertretbarem Aufwand zu realisieren. Diese Transparenz zwänge die Entscheidungsträger nicht Partei- oder Partikularinteressen, sondern die Interessen der Bürger voran zu stellen. Die Prüfberichte des Rechnungsprüfungsausschusses über regelmäßig durchzuführenden Rechnungs- und Kassenprüfungen sollen im Internet unter Einhaltung des persönlichen Datenschutzes einsehbar werden.

#### 2.4 Demokratische Meinungsvielfalt stärken

Wir wehren uns gegen Unterricht, der Schüler für parteipolitische oder weltanschauliche Ziele vereinnahmt. Das Abhängigkeitsverhältnis, dem Schüler ihren Lehrern gegenüber ausgesetzt sind, macht diese Form der Beeinflussung besonders problematisch.

Wir sehen mit Sorge, dass an einzelnen Bochumer Schulen bereits ein Klima herrscht, angesichts dessen sich Schüler und Lehrer nicht mehr trauen, ihre Meinung zu kontrovers diskutierten Themen offen auszusprechen, weil sie persönliche Nachteile oder Anfeindungen fürchten. Nur die strikt eingehaltene parteipolitische und weltanschauliche Neutralität auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung garantiert ein Schul- und Unterrichtsklima, in dem sich demokratische Meinungsvielfalt entwickeln und auch geübt werden kann.

Wir wollen dem Unterricht in Bochum zu Neutralität und Effektivität verhelfen, indem wir uns dafür einsetzen, dass sowohl Lehrer als auch Schüler ein Miteinander praktizieren, in dem jegliche verfassungsmäßige politische Meinung respektiert wird. Die AfD Bochum möchte auch verstärkt den Stimmen der jungen Leute und Schüler in der Politik Gehör verschaffen, etwa durch deren Besetzung in bestimmten Gremien oder ihre Anhörung bei wichtigen Entscheidungen.



### **3 Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit**

#### **3.1 Öffentliche Sicherheit**

Jeder Bürger hat das Recht, in Freiheit und Sicherheit zu leben. Als Rechtsstaatspartei richtet die AfD ihre kommunale Sicherheitspolitik darauf aus, dass jeder Bürger jederzeit und an jedem Ort ungefährdet am öffentlichen Leben teilhaben kann. Die AfD fühlt sich dem Leitgedanken einer Balance zwischen Sicherheitsmaßnahmen, Prävention und effektiver Strafverfolgung auf der einen Seite und der Gewährleistung der bürgerlichen Freiheitsrechte auf der anderen Seite verpflichtet.

Für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ist nicht nur die Polizei, sondern auch die Kommune, also die Verwaltung mit dem Oberbürgermeister als Dienstherrn zuständig und verantwortlich. Sie kann Weisungen an die zuständigen Polizeidienststellen erteilen, und wenn die Situation es erfordert, kann die Gemeinde auch private Sicherheitsdienste einsetzen.

Um die öffentliche Sicherheit ist es in Bochum nicht überall gut bestellt. Unter den Augen der Verwaltung haben sich Angsträume entwickelt, die bei rechtzeitigem Einschreiten hätten verhindert werden können. Dazu das konkrete Beispiel: Das Straßenbild in der Brüderstraße wird seit längerem und zunehmend von sogenannten Shisha-Bars geprägt, deren Betreiber es offensichtlich mit deutschen Gesetzen nicht so genau nehmen. Wesentliche Verantwortung für diese Zustände trägt die Bochumer Verwaltung, die jahrelang stillgehalten und weggeschaut hat. Wie bedenklich es steht, ist inzwischen selbst dem Innenminister des Landes NRW aufgefallen, der sich medienwirksam in einer Razzia sonnte. Dass die Situation sich danach änderte, bezweifeln wir.

Wir fordern den verstärkten Einsatz von Videoüberwachung im öffentlichen Raum zur Verbrechensprävention und -aufklärung. An Brennpunkten soll die Polizei Echtzeitzugriff auf Überwachungskameras haben. Wir verbinden diese Forderung mit der Einschränkung, dass Videoaufzeichnungen nur verschlüsselt gespeichert und übertragen werden dürfen und nach angemessener Zeit gelöscht werden müssen. Es sei denn, es ergeben sich Hinweise auf eine Aufzeichnung strafbarer Handlung.

Die Lebensqualität der Bochumer muss insbesondere in dem öffentlichen Raum, der der Erholung dient, sichergestellt sein. In den Parks und Schwimmbädern muss sich jeder, vor allem Mädchen und Frauen, zu jeder Tageszeit gefahrlos bewegen können. Übergriffe durch Einzeltäter oder Jugendbanden, die in anderen Städten sogar zur vorübergehenden Schließung von Freibädern geführt haben, müssen möglichst präventiv unterbunden und mit gebotener Schärfe geahndet werden.

#### **3.2 Sicherheitskonzept**

Wenn Frauen mitten im Berufsverkehr am Bochumer Hauptbahnhof vergewaltigt werden, ist ein Sicherheitskonzept überfällig. Der Oberbürgermeister hatte solch ein Sicherheitskonzept angekündigt. Passiert ist bis heute nichts! Angsträume zu beseitigen ist eine dringliche Herausforderung an die Politik. Es gibt viel zu viele Orte, an denen insbesondere Frauen sich nicht mehr sicher fühlen. Wir brauchen ein Sicherheitskonzept, dem sich Politik, Verwaltung, Polizei und auch Bürger verpflichten. Das Warten auf den großen Wurf darf kleine Verbesserungen nicht verhindern. Denn teilweise reicht schon eine Kleinigkeit wie Beleuchtung, um Angsträume etwas zu entschärfen.

### 3.3 Drogenbekämpfung

Wie in jeder größeren deutschen Stadt haben sich auch in Bochum sogenannte Drogenhotspots entwickelt. Drogenbekämpfung ist für eine Kommune eine schwierige Herausforderung. Allein durch Kontrollen und Verbote verlagert man nur die Szene und die Probleme. Mit Prävention und Konzepten, wie dezentral behördlich kontrollierten Konsumräumen, die in Zusammenarbeit mit der Drogenhilfe betrieben werden, sowie durch den kommunalen Ordnungsdienst und Polizei, muss das Problem nachhaltig angegangen werden.

### 3.4 Schutz jüdischer Bürger und Einrichtungen

Beschimpfungen und tätliche Angriffe gegen jüdische Mitbürger verurteilt die AfD auf das Schärfste und verlangt ihre wirksame strafrechtliche Verfolgung. Als präventive Maßnahme fordert die AfD, jüdische Einrichtungen, insbesondere die Bochumer Neue Synagoge, polizeilich zu schützen. Dem historischen wie gegenwärtigen Beitrag jüdischer Kultur für unser Land und unsere Stadt zollt die AfD uneingeschränkte Wertschätzung.

### 3.5 Clankriminalität bekämpfen

Die Bochumer Verwaltung und die Polizei müssen sich bei der Bekämpfung von Clankriminalität unterstützen und ihr Vorgehen besser koordinieren. Angefangen bei den Shisha-Bars könnte die Bochumer Verwaltung mit Verboten – bereits die Durchsetzung von Gesetzen würde reichen – aktiv werden. Maßnahmen sind unschwer zu begründen: Das Nichtraucherschutzgesetz verbietet das Rauchen von Tabakprodukten in Gaststätten und Restaurants. Das Verbrennen von Holzkohle in geschlossenen Räumen birgt die Gefahr einer Kohlenmonoxid-Vergiftung der zumeist jugendlichen Gäste. Wildwuchs weiterer Etablissements kann durch bau- und ordnungsrechtliche Überprüfung beendet werden, etwa indem Verstöße in bestehenden Bars hinreichend konsequent geahndet werden. Um die Clankriminalität effektiver einzudämmen, sollen zusätzlich vermehrt Razzien auch in auffälligen Wettbüros und Spielhallen betrieben werden. Dort kommt es vermehrt zu Schwarzarbeit, illegalen Glücksspielen und diversen Ordnungswidrigkeiten. Die AfD will die Zusammenarbeit der Stadt und der Polizei fördern, um der wachsenden Kriminalität in diesen Milieus Einhalt zu gebieten.

### 3.6 Saubere Stadt

Eine saubere Stadt trägt zum Sicherheitsgefühl der Bürger bei. Seit Jahren ärgern sich die Bürger über „wilde“ Müllkippen und Graffitis. Alle bislang ergriffenen Maßnahmen sind unzureichend. Wir fordern eine konsequentere Verfolgung und härtere Ahndung solcher Vergehen. Die Stadt sollte mit gutem Beispiel vorangehen. Graffitis an öffentlichen Gebäuden müssen schnell und flächendeckend beseitigt werden. Private Hausbesitzer sollten bei der Beseitigung der Wandschmierereien durch Beratung und gegebenenfalls auch finanziell unterstützt werden.

## **4 Kommunale Infrastruktur**

### **4.1 Keine Privatisierung der Grundversorgung**

Kernaufgaben der städtischen Daseinsvorsorge sind Wasserversorgung, ÖPNV, Energieversorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung. In der Vergangenheit hat es auch in Bochum immer wieder Versuche gegeben, städtische Infrastruktur aus Kostengründen oder wegen kurzfristiger fiskalischer Effekte zu privatisieren. Alle versuchten und erfolgten Privatisierungen sind mit hohen Verlusten für die Stadt gescheitert.

Die Gewährleistung der Daseinsvorsorge ist ein integraler Bestandteil kommunaler Selbstverwaltung. Diese Aufgaben zu privatisieren, widerspricht dem Grundgedanken der Bürgerfürsorge. Statt das Heil in Privatisierung zu suchen, erwartet die AfD, dass die kommunalen Versorger ein nachhaltiges Konzept für bezahlbare Versorgung mit Gas, Strom, Wasser und Fernwärme entwickeln. Insbesondere Wasser ist essenzieller Bestandteil der Daseinsvorsorge und gehört in die öffentliche Hand. Deshalb lehnen wir eine Veräußerung der kommunalen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung an private Investoren entschieden ab.

### **4.2 Sanieren statt Flickschusterei**

Das Bochumer Kanalnetz stammt in Teilen und in seiner Dimensionierung aus den 1930er Jahren. Abwasser und Regenwasser werden zumeist nicht getrennt abgeführt. Teilweise fehlen Regenrückhaltebecken, die die Wassermassen puffern können. Da in den letzten Jahrzehnten zusätzliche Flächen versiegelt wurden, sind bei Sturzregen Überschwemmungen und vollgelaufene Keller zur Normalität geworden.

Das Straßennetz wurde zur leistungsfähigen Abwicklung des motorisierten Verkehrs konzipiert. Leistungsfähig kann eine Straße aber nur dann sein, wenn der Verkehrsfluss aufrechterhalten wird. Zur Vermeidung von Verkehrsbeschränkungen aufgrund von Fahrbahnschäden müssen Straßenbeläge rechtzeitig erneuert werden.

Die Straßenzustandserfassung zeichnet für Bochums Straßen ein desaströses Bild. Eine einfache betriebswirtschaftliche Analyse zeigt, wie hausgemacht dieser Zustand ist: Die Stadt schreibt jährlich ca. 15 Mio. Euro auf Verkehrsflächen ab, wendet aber nur einen Bruchteil dieser Summe für die Instandhaltung auf. Bereits unter rein betriebswirtschaftlichem Aspekt müssen Investitionen mindestens den Abschreibungen entsprechen. Dies ist in Bochum seit Jahren nicht der Fall. Aufgrund der Versäumnisse der Vergangenheit muss der Erhaltungsaufwand dringend und deutlich gesteigert werden, allein schon, um den Rückstand der vergangenen Jahre auszugleichen. Vergleichbarer Substanzverzehr betrifft auch Brücken, Unterführungen und viele öffentliche Gebäude.

Die AfD verlangt daher, die Aufwendungen für die Sanierung der öffentlichen Infrastruktur endlich dem Bedarf anzupassen, sie mindestens zu verdoppeln. Alle Schäden an Straßen und Brücken müssen erfasst, und die Maßnahmen nach den zu erwartenden Reparaturkosten und nach Reparaturdringlichkeit priorisiert werden. Nach Abarbeitung des Sanierungsstaus müssen zukünftig für die Instandhaltung Ausgaben in Höhe der Abnutzung im städtischen Haushalt budgetiert werden.

Die AfD setzt sich dafür ein, die Straßenbaubeiträge der Anlieger deutlich zu senken. Durch unterlassene Instandhaltungen werden Straßen häufig mit Vorsatz so baufällig, dass eine Komplettrenovierung notwendig wird und die Anlieger wegen des maroden Straßenzustands mit hohen Beträgen an den Renovierungskosten beteiligt werden. Das Verhalten der Stadt ist unredlich. Wir fordern, durch eine angemessene Instandhaltung die Bürger zu entlasten.

#### 4.3 Transparenz bei städtischen Aufgaben

Die Ausgliederung von kommunalen Aufgaben in stadteneigene GmbHs oder kommunale Firmen sehen wir skeptisch. Die Wirtschaftlichkeit und Sinnhaftigkeit solcher Ausgründungen müssen, ebenso wie die kommunalen Ausschreibungen, strenger auf Wirtschaftlichkeit überprüft werden. Die parallel entstehenden Vergütungsstrukturen für Führungs- und Aufsichtsgremien, meist politisch besetzt, sind ebenso kritisch zu hinterfragen.

#### 4.4 Gigabit-City: zügige Umsetzung

Die angekündigte Initiative, Bochum zur sogenannten digitalen „Gigabit-City“ zu machen, ist nicht nur ins Stocken geraten. Fehler beim Ausschreibungsverfahren haben dazu geführt, dass das Projekt neu aufgesetzt werden muss. Inkompetenz und Schlendrian waren beteiligt, wenn nicht ursächlich für die eingetretene Verzögerung.

Die AfD setzt sich für den Breitbandausbau des Datennetzes im gesamten Stadtgebiet ein. Notfalls muss mit dem Ausbau ohne zugesagte Landesförderung begonnen werden. Die Infrastruktur für 5G entsteht nicht durch Zuwarten. Ein Glasfasernetz und der Ausbau von 5G für den Mobilfunk sind mehr als ein Wettbewerbsvorteil; sie sind Voraussetzung für die technologische Weiterentwicklung und für eine wettbewerbsfähige Industrie mit hoher Wertschöpfung.

## **5 Mobilität**

### **5.1 Realismus statt Ideologie**

Die AfD spricht sich für eine nachhaltige und an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Verkehrspolitik aus. Dabei muss gleichermaßen der Umwelt, der Wirtschaft, dem Wunsch nach Mobilität und der Verkehrssicherheit Rechnung getragen werden. Eine ideologisch motivierte, reglementierende Verkehrspolitik lehnt die AfD ab. Wir plädieren für ein integriertes Verkehrskonzept, das sämtlichen Verkehrsträgern, vom Fahrrad über den motorisierten Individualverkehr bis hin zum schienengebundenen Transport, ihre Rolle zubilligt und nicht zwangsweise zu einer Verschiebung der prozentualen Anteile der Verkehrsträger führen soll.

Die AfD steht für einen Individualverkehr, in dem Radfahrer, Fußgänger und Autos auf ausgewiesenen Flächen unterwegs sind, ohne miteinander in Konflikt zu geraten. Fahrradrouten haben ihren Platz nicht zwischen dem motorisierten Verkehr, sondern parallel oder abseits der Hauptverkehrsstraßen. Fahrradwege und Entzerrung der Verkehrsträgerwege müssen forciert werden. Für Radfahrer muss es sichere und möglichst Routen ohne kreuzenden Verkehr geben.

In Bochum und über die Stadtgrenzen hinaus setzt sich die AfD für einen flächendeckenden, angemessen getakteten und zuverlässigen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ein. Bus- und Bahnverbindungen müssen alle Stadtbezirke auch an den Wochenenden und zur Nachtzeit abdecken. Busse und Bahnen sollten genau wie Haltestellen und Bahnhöfe sicher und sauber sein.

Einen kostenlosen Nahverkehr für alle lehnen wir ab, die Preisgestaltung muss allerdings seine Nutzung attraktiv machen. Ermäßigungen oder gar kostenfreie Nutzung beschränken sich auf Schüler, Auszubildende, Studenten und Rentner. Durch eine engere Zusammenarbeit der Verkehrsbetriebe im Ruhrgebiet kann das Tarif- und Fahrkartensystem des ÖPNV attraktiver und bei verstärkter Nutzung auch kostengünstiger gestaltet werden.

### **5.2 Raum für den Individualverkehr**

Die AfD lehnt es ab, die verschiedenen Verkehrsträger gegeneinander auszuspielen, und tritt den ideologisch motivierten Angriffen auf das Auto entgegen. Individuelle Mobilität repräsentiert ein Stück Freiheit und muss auch in der Zukunft ihren Platz in einem vernetzten Verkehr haben.

Öl, Gas und Verbrennungsmotoren sind die Basis unserer Technologie und der Mobilität. Dank effizienterer Motoren und Abgasreinigung ist unsere Luft in den Städten trotz steigenden Verkehrs sauberer als je zuvor. Willkürlich gesetzte Grenzwerte sorgen an einzelnen Messpunkten für erhöhte Belastungen mit Feinstaub oder Stickoxiden. Daraus resultierende partielle Fahrverbote führen zu keiner Verbesserung der Luftqualität. Im Gegenteil verursachen Umfahrungen nach der Sperrung einzelner Straßen ein Mehr an Emission. Die Behauptung einer Gesundheitsgefährdung durch Überschreitung des durch die EU festgelegten Jahressgrenzwertes für Feinstaub und Stickoxide von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Außenluft ist fachlich nicht begründet und schon deshalb fragwürdig, weil an industriellen Arbeitsplätzen eine 24mal höhere Konzentration, für jeweils 8 Stunden pro Tag oder 40 Stunden pro Woche, zugelassen ist.

Die Begeisterung um die Elektromobilität und ihre Forcierung ist aus vielerlei Gründen nicht nachvollziehbar. Abgesehen von hohen Anschaffungskosten für das Fahrzeug werden auch andere Nachteile ausgeblendet. Die Probleme bei der Förderung und

Aufbereitung der Batterierohstoffe werden negiert, ebenso die fehlende Ladeinfrastruktur. Solange fossile Energieträger im heutigen Mix für die Stromerzeugung eingesetzt werden, existiert auch in der CO<sub>2</sub>-Bilanz kein Vorteil gegenüber dem klassischen Verbrenner.

Wir plädieren dafür, dass Diesel und Benzin, Strom oder Wasserstoff sich als Energieträger im freien Wettbewerb entwickeln. Ladeplätze für Elektrofahrzeuge müssen wie Tankstellen mit betriebswirtschaftlicher Rechnungslegung von der privaten Wirtschaft angeboten werden. Ladestationen auf öffentlichem Grund – eventuell sogar betrieben von Stadtwerken oder öffentlichen Versorgern – müssen subventionsfrei gebaut und betrieben werden.

Ebenfalls fordern wir den Aufbau einer Ladeinfrastruktur für Wasserstofffahrzeuge, denn diese Technologie kann sich nach unserer Einschätzung als die zukunftsfähigste Variante für die individuelle Mobilität erweisen.

Eine Diskriminierung konventioneller Fahrzeuge gegenüber Elektrofahrzeugen beim Parken oder die Einrichtung von Sonderfahrspuren lehnt die AfD ab.

### 5.3 Keine Elektrobusse

E-Busse kosten in der Anschaffung das Doppelte eines vergleichbaren Diesel-Busses. Nachteilig haben sie eine geringere Reichweite, so dass man bei gleichem Takt mehr Busse für das gleiche Streckennetz benötigt. Im Winter sinkt die Reichweite nochmals erheblich ab. Wenn der Bus elektrisch beheizt wird, kann sie sich bei Minusgraden gar halbieren. Als Vollendung eines Schildbürgerstreichs kommen dann E-Busse mit einem Dieselaggregat für die Heizung zum Einsatz. Wir stemmen uns gegen die Politik, kommunales Steuergeld für derart absurde Projekte zu verschwenden, und wenden uns zudem generell gegen die ineffiziente und subventionierte Einführung von E-Mobilität beim ÖPNV in Bochum.

### 5.4 Tempo 30: kein Beitrag zum Klimaschutz

Auf Bochums Hauptverkehrsstraßen soll der Autoverkehr ausgebremst werden. Von den vierspurigen Fahrbahnen sollen zukünftig zwei Spuren für den Rad- und Busverkehr reserviert bleiben. Das Tempo soll, wie schon auf der Herner Straße bereits praktiziert, generell auf 30 km/h gesenkt werden. Die Bochumer sollen dadurch genötigt werden, auf Bus und Bahn oder Rad umzusteigen – oder gleich zu Fuß zu gehen. Diese Absicht legt jedenfalls das „Leitbild Mobilität“ nahe, das kürzlich vom Stadtrat gegen die Stimmen der AfD verabschiedet wurde.

Spurverengungen und Temporeduzierungen auf den Hauptverkehrsstraßen führen unweigerlich zu einer weiteren Anspannung der Verkehrslage und zu Umgehungsverkehr, wenn die Verkehrsteilnehmer auf Nebenstraßen ausweichen. In der Konsequenz steigen die Luft- und die Lärmbelastung. Wir lehnen eine solche Beschränkung des Kraftfahrzeugverkehrs auf den Hauptverkehrsachsen strikt ab. Eine leichte Erreichbarkeit der Innenstadt, um sie lebendig zu halten, um dort Betriebe und Arbeitsplätze zu sichern, muss gewährleistet bleiben. Statt auf Regulierung und Behinderung, setzen wir auf intelligente Ampelsteuerungen, die den Verkehrsfluss verbessern können. Um die Lebensqualität im Wohnumfeld zu erhöhen, präferieren wir einen rechtzeitigen und vorbeugenden Austausch von Straßenbelägen zur Lärm- und Schadstoffreduzierung.

### 5.5 Interkommunale Zusammenarbeit

Bochum liegt in der Mitte des Ruhrgebiets. Die Verkehrsinfrastruktur und die von den Bürgern erwartete Mobilitätsinfrastruktur enden nicht an den Stadtgrenzen. Daher ist bei

allen Fragen der Veränderung und Verbesserung der Verkehrsnetze eine Abstimmung mit den Nachbarkommunen erforderlich. Diese Zusammenarbeit ist zu intensivieren und ein entsprechendes Verbund-Verkehrskonzept für die Region zu entwickeln.

## **6 Wirtschaft und Arbeit**

### **6.1 Vorrang der einheimischen Wirtschaft**

Der laufende Strukturwandel hat zu Veränderungen geführt, die Spuren in Gesellschaft und Lebensführung jedes Einzelnen hinterlassen haben. Und die Transformation ist nicht abgeschlossen. Die Stadt befindet sich weiterhin im Wandel und muss sich neuen Herausforderungen stellen. Trotz einer insgesamt positiven Entwicklung kämpfen einige Branchen um ihr Überleben. Dies gilt insbesondere auch für den das Stadtbild prägenden Einzelhandel.

So wie in Deutschland generell ist auch in Bochum der Mittelstand der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung. Für ihn ein adäquates Umfeld bereitzustellen, stärkt die regionalen Wirtschaftskreisläufe. Die Verknüpfung von Industrie und Mittelstand mit Exzellenzforschung sowie das Verhindern einer Abwanderung von Fachkräften muss originäres Anliegen einer Universitätsstadt wie Bochum sein. Die AfD plädiert dafür, universitäre Ausgründungen und die Ansiedlungen forschungsintensiver Unternehmen zu fördern. Von einem überbetrieblich organisierten Netzwerk oder einer Imagekampagne würde primär der Mittelstand profitieren, dem keine Werbebudgets wie einem Großunternehmen zur Verfügung stehen. Aus unserer Sicht eine leicht zu schließende Lücke in der proaktiven Stadtentwicklung.

Neben der Anwerbung von neuen Unternehmen gilt es, die in unserer Stadt ansässigen Unternehmen am Standort zu halten und sie bei einer konkurrenzfähigen Zukunftsgestaltung zu unterstützen. Bauanträge von Unternehmen müssen grundsätzlich zügig beschieden werden, damit Arbeitsplätze nicht aus vermeidbarem Anlass abwandern. Insgesamt setzen wir uns für den Aufbau einer modernen Infrastruktur ein, die den Wirtschaftsstandort Bochum attraktiv hält.

### **6.2 Einzelhandel unterstützen**

Der Unterstützung von Einzelhandelsunternehmen durch die Kommune kommt eine Schlüsselrolle zu, wenn eine gute Nahversorgung gewährleistet und lokale Arbeitsplätze erhalten bleiben sollen. Läden der Grundversorgung, wie Bäckereien oder Metzgereien, wollen wir in den Stadtteilen erhalten, ebenso alle Wochenmärkte. Hierfür wollen wir Auflagen und Bürokratie abbauen und Gebühren senken. Wir sehen diese lokalen Einkaufsmöglichkeiten als Teil der Lebensqualität, gerade für ältere Mitbürger. Wir sind überzeugt, dass ein ortsnahes, abwechslungsreiches Angebot attraktiver ist, als die Aneinanderreihung großer Ketten, wie man sie in jedem großen Einkaufszentrum findet.

Darüber hinaus sollte eine angemessene Zahl von verkaufsoffenen Sonntagen, verteilt über das Jahr, zur Regel werden. Unserer Meinung nach nimmt der Bochumer Stadtrat die Möglichkeiten der vom Land vorgegebenen Sonntagsöffnungen zu restriktiv wahr. Der verkaufsoffene Sonntag belebt die Innenstadt, und erhält ihre Wettbewerbsfähigkeit gegen Internet und Einkaufszentren.

Für die Innenstadt darf es keine Ausweitung von Fahrverboten oder andere Verkehrseinschränkungen geben. Stattdessen sollte ein kostenfreies Kurzzeitparken eingeführt werden. Durch die Senkung der Parkgebühren in den Innenstadtparkhäusern möchten wir wieder mehr Käufer in die Innenstadt locken, die bisher in umliegende Städte oder in das Einkaufszentrum „Ruhrpark“ ausweichen.

„Gutes sichtbar machen“ ist das Motto unseres Verständnisses eines starken Regionalmarketings. Wir setzen uns für eine umfassende Werbestrategie ein, mit der wir die Unternehmen, Einzelhändler, Hotels, Gastronomen und Vereine unserer Stadt in einer überregionalen Öffentlichkeit vorstellen und für den Besuch attraktiver machen.



Eine weitere Maßnahme wäre die Schaffung von „virtuellen Einkaufsstraßen“, damit sich Kunden online informieren können, aber dann beim Einzelhändler vor Ort einkaufen. Dies würde dem Einzelhandel helfen, sich dem veränderten Konsumverhalten zu stellen.

### 6.3 Gastronomie und Tourismus fördern

Hotel und Gastronomie sind Wirtschaftsfaktoren und bestimmen zugleich Lebensqualität und Lebensart mit. Gaststätten sind ein Stück Heimat und ein zentraler Ort der Begegnung. Mit dem Sterben der Kneipenkultur veröden nicht nur die Vororte. Um diesem Niedergang entgegenzuwirken und Verbliebenes zu erhalten, wird sich die AfD um die Sorgen und Nöte von Gastwirten und deren Mitarbeitern kümmern. Wir wollen ein Sonderprogramm zur Unterstützung von kleineren und mittleren Gaststätten, gerade auch in den Bezirken auflegen. Konkret denken wir an spürbare bürokratische Entlastungen, Senkung der Anforderungen bei Um- und Erweiterungsbauvorhaben, sowie attraktive Pachtbedingungen bei Gebäuden in kommunalem Besitz.

Die Vermarktung unserer Stadt als Zentrum der Lebensregion Ruhrgebiet mit ihrem Wandel, ihrer Kultur und Natur bietet für Bochum die Chance, den Tourismus als Wirtschaftsfaktor auszubauen. Um mit Weltmetropolen konkurrieren zu können, muss das Ruhrgebiet sich als einheitliche Region darstellen und an diesem Image arbeiten. In einer übergeordneten Touristikorganisation aller Ruhrgebietsstädte sollten alle derzeit örtlichen Tourismusvereine zusammengefasst werden. Neben dem, was bei Kumulation ohnehin existiert, sollte das Ruhrgebiet seine unerschlossenen Schätze heben und bewerben. Für Einwohner wie Besucher muss das frühere und eher graue durch ein grünes Image ersetzt werden. Die Voraussetzungen für den Imagewandel existieren bereits, Wander- und Radwege müssen bekannter gemacht und sollten sukzessive ausgebaut werden. (Landschaft im Wandel: Tausend Fahrradkilometer bei der Tour de Ruhr.) Durch die Erschließung derzeit noch versteckter oder unbekannter Flecken, könnte das Ruhrgebiet sich glaubwürdig als Wander- und Naherholungsziel präsentieren.

### 6.4 Kammerzwang abschaffen

Die AfD Bochum steht für die Abschaffung des Kammerzwangs. Die Zwangsmemberschaft in der Handelskammer hat bei vielen Unternehmen keinerlei Rückhalt, da sie für ihr Geschäft nur Kosten und keinerlei Mehrwert bedeutet. Andere europäische Staaten, wie beispielsweise Spanien, lassen den Unternehmen Freiheit bei der Wahl einer Kammermitgliedschaft.

### 6.5 Gewerbesteuer senken

Der Gewerbesteuerhebesatz ist mit 495 Punkten in Bochum, ebenso wie in den Nachbarstädten, zu hoch. Bei aller Rücksicht auf die fiskalische Lage muss es Priorität haben, das Wirtschaftswachstum in unserer Stadt durch Steuersenkungen anzukurbeln. Da ein Steuerunterbietungswettbewerb mit dem Ziel, Betriebe aus den Nachbarstädten nach Bochum zu locken, nicht zielführend sein kann, spricht die AfD sich für eine Absenkung des Gewerbebesteuersatzes mit Augenmaß in der gesamten Ruhrregion als gemeinsamer Wirtschaftsraum aus.

## **7 Energie und Umwelt**

### **7.1 Bezahlbare Energieversorgung**

Die Alternative für Deutschland ist eine bürgerlich-wertkonservative Partei. Wir setzen uns auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und ökonomischer Rahmenbedingungen für Umweltschutz, Landwirtschaft, Tierschutz, Ernährung und Verbraucherschutz ein. Wir widersetzen uns dem vorsätzlichen Verbrauch und der Zerstörung von Landschaft und Natur für eine teure und auch noch unzuverlässige Energieversorgung, wie sie etwa Windenergie darstellt.

Infolge eines Stromanteils von 37,8% aus erneuerbaren Energieträgern hat Deutschland einen europäischen Spitzenstrompreis. 2018 wurden über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) Kosten in Höhe von 23,78 Mrd. Euro erzeugt und an die Verbraucher weitergereicht. Dies führt für einen Vierpersonenhaushalt pro Jahr zu einer Mehrbelastung von fast 1.400 Euro. Die AfD plädiert aus Gründen der Versorgungssicherheit der Bürger und zum Schutz von Landschaft und der Umwelt dafür, die Investitionen Bochums und seiner städtischen Tochtergesellschaft, Stadtwerke Bochum, in erneuerbare Energien zu begrenzen.

### **7.2 Grundwasser und Umwelt vor Giftstoffen schützen**

Böden und Grundwasser sind vor PFC, PCB und anderen Schadstoffen um jeden Preis zu schützen. Bei eintretenden Schadensfällen oder bei deren Einordnung als Verdachtsfall sind im Interesse der betroffenen Bürger die Verursacher stärker als bisher in Haftung zu nehmen. Die Untersuchungsergebnisse über Belastungen sind transparent und unverzüglich der Öffentlichkeit bekanntzumachen. Zum Schutz der Bürger bei Wasser- und Bodenkontaminationen, aber auch bei der Belastung von landwirtschaftlich genutzten Flächen, etwa durch Nitrate, müssen die Ursachen nach Bekanntwerden zeitnah mit geeigneten Regelungen und Schutzmaßnahmen gestoppt und entstandene Schäden beseitigt werden. Nötigenfalls muss ein Bodenrecycling angeordnet werden.

### **7.3 Gepflegtes Stadtgrün**

Bochum ist für sein grünes Stadtbild bekannt, das von Parks, Plätzen und Naturschutzgebieten, sowie durch Alleen, die begrüntem Ufern der Ruhr und den Kemnader Stausee wesentlich geprägt wird. Leider entspricht dieses Bild nicht mehr überall der Realität. So manche Parks und Grünanlagen Bochums vermüllen, auch weil sie als Grillplätze missbraucht werden. Wir setzen uns daher für eine konsequente Beseitigung, Prävention und Sanktionierung jeder Form von Vermüllung ein, und wir machen uns darüber hinaus für die Entwicklung weiteren Stadtgrüns stark.

Parkanlagen müssen auch in Zukunft vor Baum-Entnahmen, die ohne eine standortnahe Nachpflanzung erfolgen, geschützt werden. Statt Aufforstung sollte an geeigneten Standorten die Natur sich durchaus auch selbst überlassen werden, um eine natürliche, robuste Waldentwicklung zu begünstigen.

### **7.4 Bauliche Verdichtung mit Maß und Ziel**

Zur Reduzierung der Zersiedelung und der Flächeninanspruchnahme setzt die Stadt derzeit verstärkt auf bauliche Verdichtung. Um Lebensqualität, etwa durch ausreichend Grünflächen, zu bewahren, fordert die AfD statt ungebremstem Zubauen von Freiflächen ein Regelwerk für eine maßvolle Verdichtung. Aufstockungen bestehender Gebäude, passend zur bestehenden Kubatur, sollten für die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum bevorzugt umgesetzt werden. Freie und freiwerdende Flächen in kommunaler Hand müssen der Gewinnung von Wohn- und Erholungsraum dienen.

Viele Vorgärten in Bochum sind vegetationsfrei mit Steinen, Kies oder Splitt gestaltet. Wir sprechen uns dennoch, im Gegensatz zur rot-grünen Mehrheit im Stadtrat, gegen eine Vorgartensatzung aus, die Hauseigentümer dazu zwingen soll, ihre Vorgärten zu entsiegeln. Wir halten eine solche Satzung für unnötig, zumal sie einen unbotmäßigen Eingriff in das Privateigentum darstellt. Ein angemesseneres Vorgehen wäre, die Bürgerinnen und Bürger durch Appell und Information von den Vorteilen begrünter Vorgärten zu überzeugen. Für begrünte Vorgärten sprechen nicht allein Vorteile für die Umwelt, sondern auch Optik und Werthaltigkeit von Immobilien.

Zudem sollte die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen und Straßen und Plätze der Stadt begrünen. Weiterhin könnte man Dach- und Fassadenbegrünungen öffentlicher Gebäude ins Auge fassen. Mit vertretbarem Aufwand wären beispielsweise Vertikalbegrünungen an Parkhäusern möglich. Auch private Immobilieneigentümer sollten angehalten werden, Fassaden zu begrünen. Die AfD setzt dabei nicht auf Zwang und Verordnung, sondern auf Einsicht unterstützt von einer fachlichen Beratung.

### 7.5 Beendigung des Klimanotstands

Wir lehnen die Ausrufung des Klimanotstands zur Durchsetzung und Legitimierung von Zwangsmaßnahmen ab. Unseriöser, zeitgeistiger Aktionismus gefährdet die Planungssicherheit für Bürger, Handel und Gewerbe. Arbeitsplätze gehen verloren oder entstehen erst gar nicht.

Klimahysterie wird als Vehikel für Parteipolitik und zur Ablenkung von Fehlentwicklungen missbraucht. Bochum leidet stärker unter hausgemachten Problemen der Umweltzerstörung als unter dem globalen Klimawandel, den die Stadt ohnehin nicht beeinflussen kann. 94% der gesamten CO<sub>2</sub>-Freisetzung ist natürlichen Ursprungs, entsprechend marginal sind menschliche Einflussmöglichkeiten. Deutschland verursacht von den 6% den Menschen zuzuordnenden Emissionen weniger als zwei Prozent. Die Mehrheit im Bochumer Stadtrat will dennoch mit kostspieligen Maßnahmen das Weltklima „retten“. Dafür werden in Bochum Gelder für die Beschäftigung von vier sogenannten „Klimaschutzmanagern“ verschwendet.

Wir wollen uns stattdessen für die Stärkungen des lokalen Umweltschutzes und für eine Verbesserung der Lebensqualität und des Wohlstands einsetzen. Die eigenverursachten Probleme treten infolge Flächenversiegelung und Grünverlust auf. Der Klimawandel ist ein globales Phänomen, dem – wenn er denn überhaupt durch Menschen verursacht ist – nur durch konzertiertes, globales Handeln begegnet werden kann. Wir glauben: Wenn hinreichend viele im Kleinen aktiv werden, wird sich im Großen etwas ändern. Und im Kleinen kann Bochum, auch durch Vorbild, seinen Beitrag leisten.

## **8 Soziale Stadt**

### **8.1 Wohnungspolitik**

Bochum ist seit 2014 eine nach Einwohnern wachsende Stadt. Mit dieser Entwicklung hält das Wohnungsangebot nicht Schritt. Zwar nimmt die Bautätigkeit in jüngster Zeit zu, aber auf zu geringem Niveau und bei Weitem nicht im Einklang mit der Nachfrage insbesondere nach preiswertem Wohnraum. Primär betroffen sind junge und finanziell schlechter gestellte Bürger. Dass in den letzten Jahren viele Wohnungen aus der Mietpreisbindung für Sozialwohnungen herausgefallen sind, verschärft die Lage.

Wir begrüßen sozialen Wohnungsbau, allerdings basierend auf Freiwilligkeit und ohne Zwang. Der Rat der Stadt Bochum hat gegen die Stimmen der AfD beschlossen, bei größeren Neubauprojekten Investoren zum Bau von 20% - 30% Sozialwohnungen zu zwingen. Diese Auflagen verfehlen das Ziel der Schaffung von möglichst viel Wohnraum, da sie Investoren davon abhalten, überhaupt auf Bochumer Stadtgebiet zu bauen. Diejenigen, die trotz dieser Auflagen investieren, werden den Zwangsanteil an mietgebundenen Wohnraum durch Preisanhebungen im mietungebundenen Wohnraum quersubventionieren. Zwangsläufig verteuern Quoten das Bauen und machen den Mietwohnungsbau unattraktiver. Im Ergebnis fehlen Wohnungen für alle Schichten.

Sinnvoll wäre es, den Investoren die Entscheidung zu überlassen und ihnen mit guter Beratung und notfalls mit städtischen Subventionen, etwa beim Grundstückserwerb, entgegen zu kommen. Nur so kann auch im unteren Preissegment der Wohnungsbau belebt werden. Hoheitliche Mietpreisbindungen stellen erhebliche Eingriffe in die Privatautonomie dar, und sind, wenn überhaupt, nur in Ausnahmesituationen gerechtfertigt. Eine solche liegt jedoch für den Bochumer Wohnungsmarkt nicht vor.

Mit dem Programm „Junges Wohnen“ möchte die AfD junge Familien beim Erwerb von Wohneigentum und Bauplätzen unterstützen. Unser Ziel ist es, jeder neugegründeten Bochumer Familie ein attraktives Angebot für günstigen Wohnraum oder für den Erwerb eines Baugrundstücks machen zu können. Die Stadt soll sich zu einem aktiven Baulandmanagement verpflichten, bei dem jährlich eine ausreichende Anzahl von vergünstigten Bauplätzen für junge Familien zur Verfügung gestellt wird.

Der Bochumer Hebesatz für die Grundsteuer beträgt 645%. Die Steuer belastet jeden Grundstückseigentümer direkt und jeden Mieter indirekt über seine Mietnebenkosten. Mit diesem Hebesatz liegt Bochum deutlich über dem Landesdurchschnitt von 566%. Wir fordern eine deutliche Senkung des Hebesatzes mindestens auf Landesdurchschnitt, um durch Entlastung bei den Nebenkosten Bochum als Wohnort attraktiver zu machen.

### **8.2 Barrierefreie Stadt**

Wegen des wachsenden Anteils älterer Mitbürger nimmt in unserer Gesellschaft die Gruppe mobilitätseingeschränkter Personen zu. Somit sind immer mehr Menschen auf ein altengerechtes Wohnumfeld angewiesen, und die Politik muss dieser Entwicklung Rechnung tragen. Zu einer altengerechten Umgebung gehört etwa eine möglichst schwellenlose, barrierefreie Stadt.

Bochum erfüllt diesen Anspruch bei Weitem nicht. Angefangen bei öffentlichen Toiletten über den Bus- und Bahnverkehr bis hin zu vielen öffentlichen Gebäuden weist die Infrastruktur für mobilitätseingeschränkte Menschen Defizite bei der Nutzung, oft schon beim Zugang, auf. Fehlende oder versteckte Informationen über existierende Angebote erschweren die Inanspruchnahme vorhandener Hilfen unnötig.

Die AfD setzt sich für eine „barrierefreie Stadt“ ein. Wir fordern eine komplette und fortlaufende Bestandsaufnahme aller Maßnahmen, die zum Ziel einer barrierefreien Stadt beitragen. Bauherren sollen zukünftig durch Beratung, aber gegebenenfalls auch finanziell, bei Neubauten und Sanierungen unterstützt werden, um behindertengerechte, jedoch zumindest barrierefreie Wohnungen zu schaffen. Hierzu gehört auch die Beratung bei Inanspruchnahme von Fördermitteln. Bei allen städtebaulichen Veränderungen werden wir darauf achten, dass entsprechende Einrichtungen bei Planung und Bau berücksichtigt werden.

### 8.3 Effektivere Förderung von Wohnungslosen

Auch aufgrund des Mangels an bezahlbarem Wohnraum nimmt die Zahl der Obdachlosen in Bochum zu. Obdachlosigkeit ist ein schweres Los, das durch kommunale Unterstützung für die Betroffenen gelindert werden kann. Für kurzfristig obdachlos gewordene Menschen sollten Flüchtlings- und Übergangsheime in städtischem Eigentum als Wohnraum offenstehen. Für Menschen in Dauerobdachlosigkeit müssen geeignete Programme initiiert werden, um für sie eine menschenwürdige Wohn- und Schlafsituation, etwa in städtischen Einrichtungen, herbeizuführen. Die AfD hat sich für den Erhalt der Obdachlosenunterkunft in Bochum-Wattenscheid eingesetzt. Die Mehrheit im Stadtrat hatte andere Prioritäten und die Schließung beschlossen.

Um gar nicht erst in die Obdachlosigkeit zu geraten, muss vorrangiges Bemühen sein, Wohnungslosigkeit zu verhindern. Dazu gehört ein frühzeitiges Eingreifen, sobald solche Anzeichen erkennbar werden. Als eine präventive Maßnahme wollen wir die Schuldnerberatung ausbauen, um dadurch Notsituationen, infolge von Zwangsräumung oder Stromabschaltung, im Vorfeld zu verhindern.

### 8.4 Tierschutz verbessern

Bochum braucht mehr Freilaufflächen für Hunde. Im Bochumer Stadtgebiet sind derzeit nur sieben Flächen als Hundewiesen ausgewiesen. Die beiden privatwirtschaftlich- und zum großen Teil ehrenamtlich betriebenen Bochumer Tierheime leisten bewundernswerte Tierschutzarbeit. Sie übernehmen wichtige kommunale Pflichtaufgaben, wie die Aufnahme von Fundtieren und von beschlagnahmten Tieren. Diese Vereine, die sich dem Tierschutz widmen und der Stadt gesetzliche Aufgaben abnehmen, bedürfen der Absicherung durch finanzielle Unterstützung.

Der Bochumer Tierpark mit seinen über 300.000 jährlichen Besuchern stellt nicht nur ein Freizeitangebot dar, sondern eine Institution für den Tier-, Natur- und Artenschutz. Da der Tierpark für viele Stadtmenschen der einzige direkte Kontakt zu Tieren jenseits von Hund und Katze ist, setzt sich die AfD für eine finanzielle Unterstützung des Parks ein.

## **9 Kinder und Familie**

### **9.1 Für eine kinderbejahende Gesellschaft**

Die Familie ist Fundament, Zukunft und Stütze jeder Gesellschaft. Nicht von ungefähr steht sie als Institution unter dem Schutz des Grundgesetzes. Für unsere Kinder müssen die Bedingungen für eine bestmögliche Entwicklung in einer sicheren, gewaltfreien Umgebung geschaffen und gesichert sein. Denn nur Kinder garantieren den Bestand einer Gesellschaft.

Die AfD setzt sich dafür ein, den Konflikt zwischen Kinderbetreuung und Berufstätigkeit durch politische Rahmenbedingungen zu entschärfen oder – besser – ihn gar nicht erst entstehen zu lassen. Familie und Beruf sind nur dann vereinbar, wenn Eltern ausreichend Zeit haben, um ihrer Elternrolle und ihrer Erziehungspflicht nachkommen zu können. Weder dürfen sich familienbedingte Erwerbspausen noch darf sich Teilzeitarbeit negativ auf den beruflichen Status oder die Karriereentwicklung auswirken.

Die AfD kämpft für eine kinderbejahende Gesellschaft. Voraussetzend müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, Familiengründung und Kinder wieder attraktiver, ja möglich, zu machen. Familienpolitik wird auf kommunaler Ebene oft als Querschnittsthema behandelt. Mit dem beklagenswerten Ergebnis, dass, wo viele sich kümmern, am Ende niemand zuständig ist. Ohne eigenen Ausschuss im Stadtrat sind Familienthemen von den jeweiligen Ressortinteressen überlagert und werden nicht selten übersehen.

### **9.2 Kommunalpolitik auf Familien ausrichten**

Die aktuelle Familienpolitik wird ihrer Bedeutung für die Stadtentwicklung nicht gerecht. Die AfD will Familienpolitik höher gewichten. Wir setzen uns dafür ein, dass ein Familienausschuss gebildet wird, der nicht nur für Spielplätze und Jugendfreizeit zuständig ist, sondern dessen Zuständigkeit umfassend abdeckt, was für Familien wichtig ist. Vorrangig zählen dazu Wohnungsbau- und Bildungspolitik. Aber auch Fragen zur Sicherheit im öffentlichen Raum oder der Gesundheitsfürsorge müssen dort behandelt werden.

Wir wollen Bochum zu einer familienfreundlichen Stadt entwickeln und die längst überfälligen Investitionen in eine angepasste Infrastruktur tätigen. So wollen wir Spielplätze und Parks sanieren, sichere und nach Möglichkeit von der Straße getrennte Fuß- und Radwege bauen, ausreichend Plätze in Kindertagesstätten bereitstellen, eine gute Schulbildung sicherstellen und Fehlentwicklungen und Defizite bei der frühkindlichen Bildung beenden. Zu guter Letzt sei hier nochmals auf das Programm „Junges Wohnen“ hingewiesen, mit dem die AfD junge Familien beim Erwerb von Wohneigentum und Bauplätzen unterstützen will.

### **9.3 Qualität der Kinderbetreuung verbessern**

Ein zu hoher Betreuungsschlüssel ist einer der Gründe, warum es an Personal für Kitas mangelt. Der Betreuungsschlüssel sollte so angesetzt sein, dass jedes Kind eine angemessene Zuwendung und Förderung erfährt. Wir wollen durch den verpflichtenden Kitabesuch ein sicheres Beherrschen der deutschen Sprache bei allen Kindern erreichen, die auf Dauer hier leben werden. Daher muss in Kindertagesstätten die ausschließliche Verwendung der deutschen Sprache verbindlich eingeführt werden.

Der Bedarf an Kindergartenplätzen ist infolge der Zuwanderung in den letzten Jahren stark gestiegen. Wenn gleichzeitig soziale Träger ihr Angebot aus Kostengründen

einstellen, finden Eltern zu oft keinen wohnortnahen Platz in einer Kindertagesstätte. Deshalb muss die Anzahl wohnortnaher Kindergartenplätze, deren Betrieb der Vielfalt der Arbeitszeitmodelle berufstätiger Eltern angepasst ist, erhöht werden. Dem wachsenden Bedarf nach Kindergartenplätzen muss Rechnung getragen werden, indem die Stadt neue Kindergärten baut.

Wir wollen das pädagogische Konzept der freien, spielerischen Entfaltung der Kinder wieder stärken. Bei der Betreuung von Kindern genießen deren Wohlergehen und ihre gesunde Entwicklung Vorrang vor ökonomischen Interessen. Wir wehren uns gegen die Bevorzugung der frühkindlichen Fremdbetreuung. Wenn berufstätige Mütter und Väter eine zeitweise Betreuung ihrer Kinder benötigen, sprechen wir uns aus pädagogischen Gründen in den ersten Lebensjahren (vor dem Kindergarten) für das Konzept der Tagesmütter als Bezugspersonen gegenüber einer Kindertagesstätte aus.

Zu den familienpolitischen Forderungen der AfD gehört, eine flexible Ganztagsbetreuung in Kita und Schule anzubieten, die es den Eltern erlaubt, selbst zu entscheiden, wann und wie lange sie ihre Kinder selbst betreuen oder betreuen lassen möchten. Eine von der Kommune oder der Trägerschaft auferlegte Verpflichtung, Kinder nicht vor einer bestimmten Uhrzeit aus der Betreuung abzuholen, lehnen wir ab.

Ab einem Lebensalter von drei Jahren ist der Besuch einer Kita für das Aneignen von Sozialkompetenz und für die Vorbereitung auf die Schule von Vorteil. Dieser Teil der Erziehung und Schulvorbereitung gehört, wie die Schule, zu den öffentlichen Leistungen und muss daher sowohl verpflichtend als auch kostenfrei sein. Die AfD fordert, dass eine Betreuung von 25 Stunden pro Woche für alle Kinder kostenfrei angeboten wird.

Über die reine Wissensvermittlung hinaus sollten, nach unserer Vorstellung, neben dem Schulunterricht Kinder in den Bereichen Kunst, Kultur und Sport gefördert werden. Um die Familien von Fahrtkosten zu entlasten, fordert die AfD im Stadtgebiet Bochum die kostenfreie Beförderung von Schulkindern im öffentlichen Nahverkehr.

Für musisch begabte Kinder wollen wir städtische Stipendien ausloben.

#### 9.4 Neue Freizeitangebote für unsere Kinder

Das soziale Verhalten unserer Kinder und Jugendlichen leidet inzwischen darunter, dass Freizeitaktivitäten und die soziale Kommunikation in virtuelle Gruppen verlagert werden, die dann häufig auf elektronische Spielwelten beschränkt sind. Die AfD will das soziale Zusammenleben der Kinder und Jugendlichen wieder in die reale Welt zurückholen – mit real erlebten Ansprechpartnern und Mentoren. Wir wollen aus den örtlichen Vereinen Freizeit- und Veranstaltungsmanager rekrutieren, die vereinsübergreifend Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche organisieren und in den sozialen Medien als Ansprechpartner fungieren.

Viele Eltern stehen vor dem Problem, für den Zeitraum der berufsbedingten Abwesenheit eine zuverlässige und bezahlbare Betreuung für ihre schulpflichtigen Kinder zu finden. Statt privat organisierter Einzelbetreuung wollen wir durch Kooperation zwischen Kommunen, Schulen und örtlichen Vereinen eine sich selbst tragende Nachmittagsbetreuung ins Leben rufen. Mit Freizeitaktivitäten, Sport und Hausaufgabenbetreuung kann die Betreuungszeit sinnvoll, intellektuell anspruchsvoll sowie sozial fördernd verbracht werden. Im Idealfall sollen auch Schulferienzeiten mit einbezogen sein.

## **10 Schule und Bildung**

### **10.1 Bildungsgerechtigkeit durch Differenzierung**

Die fortwährenden Experimente in der Bildungspolitik haben auch in Bochum Spuren hinterlassen. G 8 oder G9, Schließung von Förderschulen, Doppelbelastung für Lehrer und Schüler durch Inklusion und Integration sind die Schlagworte für Themen, die politisch erzeugte Probleme beschreiben. Sie belasten das Schulsystem und konterkarieren die gedeihliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Der ideologisch getriebenen, schleichenden Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und der Entwicklung hin zu einer nivellierenden Einheitsschule muss Einhalt geboten werden. Effizientes Lehren und Lernen sind nur möglich, wenn die Leistungsfähigkeit und der Leistungswille unter den Schülern einer Klasse vergleichbar sind. Bildungsgerechtigkeit gelingt durch Differenzierung, nicht durch Gleichmacherei.

Die AfD befürwortet daher ein nach Begabung und Interessen differenziertes Schulsystem, das allen Schülern gerecht wird, Stärken fördert und nicht Schwächen als Standard setzt. Die Bildungsstandards in allen Schulformen müssen sich am jeweils höchsten Niveau orientieren. Das Abitur muss wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit werden, der Haupt- oder Realschulabschluss zu qualifizierter Berufsausbildung befähigen.

### **10.2 Beschulung von Migrantenkindern**

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist unverzichtbarer Teil des Bildungsauftrags der Schule. Zu viele Schüler werden ohne ausreichende Deutschkenntnisse eingeschult. Dieses Defizit ruiniert Bildungschancen leistungsstarker Schüler, wird aber auch für die ganze Klasse schnell zum Problem. Effiziente Beschulung setzt ein Mindestmaß an Homogenität voraus.

Kinder von neu zugewanderten Migranten, welche die deutsche Sprache nicht oder nicht ausreichend beherrschen, müssen – auch im Eigeninteresse – zunächst in Vorbereitungsklassen unterrichtet werden. Schüler aus Familien mit Bleibeperspektive müssen auf einen Abschluss in Deutschland vorbereitet werden, Schüler ohne Bleibeperspektive hingegen auf eine Rückkehr in ihre Heimat. Der Übernahme von Schülern in eine Regelklasse muss das Bestehen eines qualifizierten Tests vorgeschaltet sein.

### **10.3 Förderschulen erhalten**

Die AfD befürwortet das Prinzip der gemeinsamen Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung, hält aber zugleich den Erhalt paralleler Bildungseinrichtungen für unverzichtbar. Konkret bedeutet dies, dass die Schulwahlfreiheit bei Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf erhalten bleiben muss. In Abstimmung mit den Eltern kann so für das Kind die geeignete Form der Beschulung ausgewählt werden. Das kann eine allgemeine Schule, aber auch eine Förderschule sein.

Die Wahl setzt Beratungsgespräche mit den betroffenen Eltern voraus, in denen die spezifischen Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Beschulungsformen erläutert werden. Entscheidend ist die Frage: Welches Kind ist aus welchen Gründen in welcher Schulform am besten aufgehoben?

Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf benötigen während des Unterrichts eine intensivere, oft individuelle Betreuung. Die Schließung von Förderschulen, wie der Jakob-Muth-Schule im Jahr 2015, führte zu einem Verlust an sonderpädagogischen



Betreuungs- und Auswahlmöglichkeiten. Wir setzen uns dafür ein, im Interesse des Kindeswohls Förderschulen zu erhalten und bei Bedarf neue einzurichten.

#### 10.4 Keine Container als Klassenräume für (Grund-)Schulklassen

Infolge von 20 Schulschließungen in den letzten zehn Jahren fehlen nun, insbesondere an den Bochumer Grundschulen, etwa 40 Klassenräume. Zur Behebung des Missstandes hat die Stadtverwaltung Schulcontainer aufgestellt und plant, weitere aufzustellen. Dennoch wird die angestrebte Klassengröße von 23 Schülern je Klasse nicht erreicht werden. Problemverschärfend ist ab dem Schuljahr 2020/21 mit 10% mehr Grundschulern zu rechnen, so dass sich die Situation nochmals verschlechtern wird.

Klassenräume in Containern sind keine Dauerlösung. Die AfD setzt sich für den Bau von mindestens einer weiteren Schule in jedem Stadtteil ein. Statt eines Schulschließungsplanes muss ein Schulentwicklungsplan her, mit dem Ziel, nach dem Kahlschlag der vergangenen Jahre in Bochum und Wattenscheid eine angepasste und erstklassige Schullandschaft zu entwickeln.

#### 10.5 Digitalisierung ersetzt nicht analoges Lernen

„Digitalisierung“ ist zu einem Modewort avanciert, das missbraucht wird, indem die Politik suggeriert, die angerichtete Bildungsmisere dadurch auf einen Streich zu beheben. In verkürzter Diskussion wird ausgeblendet, dass analoges und soziales Lernen unter die Räder gerät. Statt unreflektiert einem nächsten Schlagwort hinterherzulaufen, erscheint es uns angezeigt, dem klassischen Fächerkanon wieder die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Wenn Schüler der achten Klasse zunehmend weder Rechtschreibung beherrschen, noch in der Lage sind, mit Textverständnis zu lesen, stellt Digitalisierung eher eine Ablenkung vom Problem dar als eine Lösung. Digitale Technologien können Lehrer darin unterstützen, zum Lernen zu motivieren und Lernprozesse modern zu gestalten, können aber nicht den klassischen Präsenzunterricht ersetzen.

Für die sinnvolle Digitalisierung des Schulunterrichts bedarf es einer Gesamtstrategie unter Einbeziehung von Informatikern, Pädagogen und Verwaltung. Die Landesregierung ist aufgerufen, die Lehrpläne konzeptionell auf die neuen Medien umzustellen, wobei die Kosten für die technische Ausstattung der Schulen, Lehrerfortbildung und laufende Modernisierung bedacht und in das kommunale Budget eingestellt werden müssen. Die AfD wird sich insbesondere dafür einsetzen, dass der digitale Strukturwandel an unseren Schulen durch adäquate Fort- und Weiterbildungen der Lehrkräfte begleitet und der didaktische Nutzen digitaler Medien im Unterricht in regelmäßigen Abständen evaluiert wird.

#### 10.6 Sanierungsstau abbauen

Die 100 Schulgebäude unter städtischer Verwaltung befinden sich teilweise in einem schlechten Zustand. Selbst die aus verschiedenen Förderprogrammen bereitgestellte Summe von 125 Mio. Euro deckt nicht den Sanierungsbedarf. Außerdem besteht die Gefahr, dass Baumaßnahmen nicht rechtzeitig abgeschlossen werden und Fördergelder wegen Fristüberschreitung verfallen. Bereits in den vergangenen Haushaltsberatungen hat die AfD die Bereitstellung weiterer Mittel für Schulsanierungen gefordert, und wir werden diese Forderung auch in Zukunft erheben. Angesichts historischer Erfahrung muss das Baustellenmanagement professionalisiert und notfalls durch externe Berater oder Fachfirmen ergänzt werden. Als planerische Voraussetzung sehen wir die Notwendigkeit einer Bestandsaufnahme aller Baumaßnahmen, inklusive Brandschutz- und Neubaumaßnahmen.

Um als Exportnation im globalen Wettbewerb bestehen zu können, ist Deutschland auf qualifizierte Fachkräfte in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) angewiesen. Die Stärkung der Rolle von Mathematik und Naturwissenschaften im Schulunterricht ist daher dringend geboten. Unterrichtsräume sind herzurichten und Lehrmittel den Anforderungen entsprechend zu beschaffen. Vorhandene Ausstattungen und Sammlungen für den naturwissenschaftlichen Unterricht sind zu oft in beklagenswertem Zustand und daher zu modernisieren oder gleich neu zu beschaffen.

## **11 Gesundes Bochum**

### **11.1 Gesundheit und Pflege Bochum**

Bochum zählt zu den führenden Gesundheitsstandorten in Deutschland. Mehr als 40.000 Menschen sind im Gesundheitssektor beschäftigt. Aufgrund des demographischen Wandels und des technologischen Fortschritts wird sich das Wachstum des Wirtschaftszweiges „Gesundheit“ fortsetzen. Die Aufwendungen für Gesundheit und Pflege entwickeln sich in Bochum wie andernorts steil nach oben.

Aber wie steht es bei diesen Kosten um die tagtägliche Versorgung von Patienten und Pflegebedürftigen wirklich? Die AfD hinterfragt die Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens weniger unter monetärem Aspekt, sondern aus der Sicht der Erkrankten und Pflegebedürftigen. Wir decken Schwachstellen im Versorgungssystem auf und dringen auf Verbesserungen.

Das Armutsrisiko bei Pflegebedürftigkeit, die Versorgungsqualität in unseren Seniorenheimen, die Krankenhaushygiene, die angespannte Bettensituation und nicht zuletzt die Behebung des Hebammenmangels sind wichtige Themen der Gesundheitspolitik, in denen wir Verbesserungen anmahnen.

Lebensqualität und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, gegründet auf den Erhalt und die Förderung der Gesundheit, duldet weder Abstriche noch Kompromisse. Auch im Alter müssen Mobilität und Selbstbestimmung Vorgabe, Ziel und Anspruch bleiben. Betreutes Wohnen rückt für Seniorinnen und Senioren in den Fokus, da so ein maximal eigenverantwortliches Leben gewahrt bleibt. Wir plädieren bei der Wohnraumentwicklung für altersgerechte Wohnkonzepte, beispielsweise für den Bau von Mehrgenerationenhäusern.

In der Kommunalpolitik setzt sich die AfD für den Erhalt kommunaler Seniorenheime ein. Die gebotene Kontrollintensität bei Pflege- und Versorgungseinrichtungen kann die amtliche Pflegeaufsicht bei der gegenwärtigen Personalausstattung nicht leisten. Um Standards der Betreuung und Versorgung in Pflegeheimen sicherzustellen, muss zusätzliches, qualifiziertes Personal eingestellt werden. Ebenso muss angesichts einer alternden Gesellschaft für ein menschenwürdiges Sterben das Angebot von palliativmedizinischen Stationen und mobiler Palliativversorgung ausgebaut werden.

### **11.2 Medikamentenversorgung sicherstellen**

Zur Sicherstellung der Patientenversorgung gehört auch die Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln. In diesem Punkt trat in den vergangenen Monaten, in der andauernden Corona-Krise erstmals ins öffentliche Bewusstsein gerückt, ein vorhersehbares Defizit zutage. Viele der in Deutschland eingesetzten Medikamente und Generika werden in China und Indien produziert. Das Auftreten des Corona-Virus und dessen Folgen verschärfte nicht nur die Problematik der Lieferengpässe, es zeigt auch die Folgen und Risiken einer unter Renditeaspekten ausgelagerten Produktion.

Seit 2016 werden weder Antibiotika noch deren Wirkstoffe in Deutschland produziert. Dies führt zu einer Abhängigkeit, welche die Gesundheit von Patientinnen und Patienten gefährdet. Nach Jahren fahrlässiger Laissez-faire Industriepolitik zeigen sich Auswüchse der ungebremsten Globalisierung, die dringend einer Korrektur bedürfen. Kurzfristig regen wir an, durch Zusammenarbeit von Gesundheitsämtern, Politik, Pharmaindustrie und Pharmavertrieb ein Konzept auszuarbeiten, wie zukünftig Engpässe vermieden werden können. Denkbar wäre eine kommunale Vorratshaltung besonders wichtiger und kritischer Medikamente, sowie ein Frühwarnsystem für knapper werdende Medikamente. Langfristig muss in Deutschland, vor nicht langer Zeit noch als die Apotheke der Welt bekannt, wieder eine autarke Versorgung erreicht werden.

### 11.3 Pandemieplan

Niemand hätte bis Anfang Januar 2020 auch nur im Traum daran gedacht, dass in Deutschland und weltweit Betriebe und Geschäfte wegen einer Pandemie schließen müssen, dass es Kontaktverbote und Hamsterkäufe überhaupt geben könnte. Da wir in einer globalisierten und vernetzten Welt leben, können sich solche Pandemien jederzeit wiederholen.

Wir fordern daher einen Pandemie-Notfallplan, in dem müssen die Erfahrungen mit der Covid-19 Pandemie aufgearbeitet werden. Es müssen Szenarien ausgearbeitet werden, die Empfehlungen und Vorgaben machen, was bei welcher Lage zu veranlassen ist und wer verantwortlich für Durchsetzung und Kontrolle ist. Der Pandemieplan muss regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Außerdem muss die Stadt ausreichend Schutzkleidung bevorraten und medizinische Infrastruktur vorhalten.

## **12 Sport**

### **12.1 Alternativen zu Plastikgranulat auf Kunstrasenplätzen**

Ab 2022 greift das Verbot der EU, auf Kunstrasenplätzen Plastikeinstreu zu verwenden. Viele Sportvereine befürchten, bestehende Plätze nicht länger nutzen zu dürfen oder Hart- und Kunstrasenplätze mit hohen Kosten umbauen zu müssen. Dabei stünde mit dem Einstreumittel Kork eine unbedenkliche Alternative zur Verfügung. Bestehende Platzanlagen könnten bei geringem Aufwand weiterhin betrieben werden. Auch dem Neubau von Kunstrasenplätzen steht bei Einsatz von Kork nichts im Wege, zumal Kork als Einstreu nur halb so viel kostet, wie das herkömmliche Plastikgranulat. Wir fragen uns, warum wir unter diesen Umständen den Einsatz des umweltfreundlichen Ersatzstreuemittels überhaupt fordern müssen.

### **12.2 Schwimmen lernen**

Ca. 50 % der Kinder, aber auch der Erwachsenen, können inzwischen entweder gar nicht oder nicht sicher schwimmen. Eine Ursache findet sich, wie häufig, im Verfall der Ressourcen. Schwimmunterricht fällt aus, weil kein qualifiziertes Personal eingestellt wurde oder weil Lehrschwimmb Becken defekt und deswegen geschlossen sind. Wir meinen, Lehrschwimmb Becken müssen erhalten bleiben, und wir wollen qualifiziertes Personal für den Schwimmunterricht einstellen. Wenn Schule es nicht leisten kann, müssen Möglichkeiten geschaffen werden, dass Kinder außerhalb des Unterrichts Schwimmen lernen können.

### **12.3 Förderung des Ehrenamts im Sport**

Wenn ehrenamtliche Trainer, Übungsleiter, Betreuer, Kampf- oder Schiedsrichter entstandene Lücken füllen, wertet dies ihr Engagement für die Gesellschaft zusätzlich auf. Daher fordert die AfD eine höhere Wertschätzung und die Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit, etwa durch die Unterstützung beim Erwerb von Trainerscheinen.

### **12.4 Vereine**

Deutschland ist ein Land der Vereine. Sie gehören zum gesellschaftlichen Leben und verbinden Menschen. Leider sterben immer mehr Vereine aus den unterschiedlichsten Gründen aus. Ein Hauptgrund ist die sinkende Zahl an Mitgliedern, aber oft fehlt es auch an Räumlichkeiten. Um das Vereinswesen in Bochum zu stärken, fordern wir, den Vereinen Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Sportförderung bedeutet nicht nur finanzielle Förderung, sondern auch ideelle und tatkräftige Unterstützung von Vereinen und Sportlern. Man sollte Kindern und Jugendlichen die Vereine und das Vereinswesen schon unter gesellschaftspolitischem Aspekt wieder näherbringen. Vereine fördern die soziale Kompetenz, und Kinder lernen spielerisch das soziale Miteinander.

Zur Unterstützung und Mitgliederwerbung könnten Schulen und Kindergärten Projektstage veranstalten. In ihrem Rahmen könnten sich Vereine vorstellen, Hemmungen würden abgebaut und die Kinder und Jugendlichen hätten die Motivation, mal in Vereine und deren Angebote reinzuschnuppern.

### **12.5 Individualsport**

Immer mehr Menschen betreiben Individualsport, auch dieser Entwicklung muss gebührende Aufmerksamkeit geschenkt werden. Individualsport und Verein schließen einander nicht aus, sondern können sich durchaus auch ergänzen. Genauso wie der Vereinssport braucht auch der Individualsport

„Räume“, sei es ein Fitnessparcours, ein Volleyballfeld, eine Finnenbahn oder eine einfache Laufstrecke. Auch der Individualsportler kann und sollte sozialisierende Gemeinschaft, und sei es über die genutzte Ressource, erfahren.

## **13 Stadtfinanzen**

### **13.1 Verantwortlicher Umgang mit Steuergeldern**

Der Mangel an Kostenverantwortung kann zu massiven Fehlanreizen führen. So werden beispielweise Gelder aus kommunalen Steuertöpfen für die lokale Immobilienbranche abgezweigt. Die Anmietung von Wohnungen durch die Kommune verschärft den Druck auf den lokalen Wohnungsmarkt. Der Neubau des Viktoria-Karrees wird durch großflächige Anmietungen von Büroflächen seitens der Stadtverwaltung für die Investoren risikolos gestellt.

Kommunale Großprojekte müssen durch eine unabhängige Prüfungsgesellschaft auf ihre Wirtschaftlichkeit geprüft werden. Die Projekte dürfen keine unverhältnismäßig hohen Folgebelastungen für die Bürger nach sich ziehen. Bei Großprojekten oder Entscheidungen mit langfristig erheblichen Auswirkungen, wie der Neubau von Schwimmbädern, Konzerthäusern, Theatern oder ähnlichem, müssen Befragungen und Bürgerentscheide vorgeschaltet werden. Der Bürger hat, insbesondere bei Prestigeprojekten, ein Anrecht zu erfahren, wofür seine Steuern verwendet werden.

Um zu verhindern, dass Kosten aus dem Ruder laufen, erwartet die AfD eine ehrliche Kostenkalkulation und eine straffe Projektdisziplin während der Durchführung. Die üblich gewordenen Kostenexplosionen und Budgetüberschreitungen müssen zukünftig verhindert werden. Solide und nachhaltige Haushaltsplanungen sollen Bochum zukunftsfähig machen und künftige Generationen nicht noch mehr belasten. Wir mahnen mehr Zurückhaltung bei der Gewährung freiwilliger Leistungen an, insbesondere wollen wir ideologisch motivierte Ausgaben für dubiose Vereine und Organisationen gänzlich streichen.

### **13.2 Senkung städtischer Steuern und Gebühren**

Die Grund- und Gewerbesteuer ist in Bochum, gemessen am Bundes- und Landesschnitt, erheblich zu hoch. Fehlplanungen dürfen nicht dazu führen, dass den Bürgern und dem Handel immer tiefer in die Tasche gegriffen wird. Wir lehnen jede Erhöhung von Steuern und Abgaben nicht nur ab, sondern fordern deren Senkung. Die Stadt muss sich an den vorhandenen Mitteln orientieren und zugleich durch Effizienz sowie durch Konzentration auf das Wesentliche ihre essenziellen Aufgaben erfüllen, ohne die Bürger ständig weiter zu belasten.

Straßenbaubeiträge sind Kosten, die die Stadt zum Ausgleich für die Verbesserung der Straßen von Anliegern fordert. Leider wird nicht immer mit offenen Karten gespielt. Bei bloßer Instandhaltung trägt die Stadt die Kosten für die öffentlichen Straßen. Kommt die Stadt ihrer Verpflichtung zur Instandhaltung nur mangelhaft nach, muss die Straße irgendwann grundlegend erneuert werden, und schon werden die Anlieger zur Kasse gebeten. Wir fordern daher, dass sich die Stadt verpflichtet, den geringstmöglichen Satz an Kostenbeteiligung von den Betroffenen zu verlangen. Unser Ziel ist, die Abschaffung dieser Kostenbeteiligung auf Landesebene zu erwirken. Generell muss die Stadt Planungskapazität und Gelder bereitstellen, um die Straßen in einem Zustand zu erhalten, der keine Grundsanierung erforderlich macht. Instandhaltung statt Neubau würde Stadt und Bürger entlasten.

Bochum hat im Vergleich zu anderen Städten deutlich höhere Hundesteuern. In NRW liegt sie mit 168 € für den ersten Hund auf Platz 2. Dabei wird weder Art des Hundes noch das Einkommen des Halters berücksichtigt. Nicht allein die Höhe, sondern die Erhebung an sich ist schon sozial ungerecht. Die Steuer macht nur einen geringen Teil der städtischen Einnahmen aus. Dennoch würde eine Befreiung so manchen Bürger finanziell entlasten. Wir fordern eine Abschaffung der Hundesteuer.

### 13.3 Ausstieg aus dem EKOCity-Verbund (Müllentsorgung)

Der Rat der Stadt Bochum hat im vergangenen Jahr mit den Stimmen von SPD, Grünen, CDU, FDP und Linken beschlossen, einen für die Bochumer Bürger teuren Vertrag mit dem EKOCity-Verbund um 13 Jahre zu verlängern. Dieser Vertrag hat schon in der Vergangenheit für die Bürger zu hohen Müllgebühren geführt.

Während andere Städte wie Bottrop, Essen oder Gelsenkirchen den anfallenden Müll für rund 60 Euro pro Tonne im Müllheizkraftwerk in Essen-Karnap verbrennen, lässt Bochum zum Wucherpreis von etwa 120 Euro pro Tonne verbrennen. Das belastet die Bochumer Haushalte in Summe jährlich mit 5 Mio. Euro mehr als bei der Verbrennung im nahegelegenen Kraftwerk in Essen-Karnap.

Die AfD fordert angesichts des 5 Mio. Euro Einsparpotenzials den sofortigen Ausstieg aus diesem Wuchervertrag und eine öffentliche Ausschreibung des Bochumer Mülls zur Verbrennung.

### 13.4 Schattenhaushalte offenlegen und beenden

Zur Verschleierung der wahren finanziellen Lage führt Bochum sogenannte Schattenhaushalte. Um im offiziellen Haushalt gut dazustehen, werden in ausgegründeten, städtischen Unternehmen, z. B. bei den „Wasserwelten“, hohe Schulden angehäuft, die im Haushalt der Stadt keinen Niederschlag finden. Wir drängen darauf, das Verschieben städtischer Schulden auf Beteiligungsgesellschaften zu beenden und diese Schulden im städtischen Haushalt auszuweisen.

### 13.5 Spekulationsgeschäfte verhindern

Die Stadt Bochum hat sich mit ihren Finanzgeschäften in den letzten zehn Jahren wiederholt verzockt. Fremdwährungsspekulationen, Spekulationen mit Aktien von Großkonzernen wie RWE oder STEAG sowie Zinswettgeschäfte waren teure finanzielle Abenteuer. Das Eingehen solcher Risiken hat die Bochumer Bürger einen hohen dreistelligen Millionenbetrag gekostet. Beendet ist dergleichen nicht. Im Gegenteil, das Engagement der Stadt verteilt sich inzwischen auf ein Firmengeflecht mit einer kaum noch überschaubaren Anzahl von Beteiligungen und Gesellschaften.

Optionsgeschäfte, bei denen die Stadt Risiken eingeht, will die AfD untersagen. Unzulässig sind nach unserer Auffassung ebenso alle Zins- und Währungsgeschäfte, die nicht der Absicherung von Zahlungsverpflichtungen dienen. Wir fordern, dass die Stadt keine Beteiligungen an Gesellschaften erwirbt, deren Geschäftszweck nicht der Grundversorgung der Bochumer Bürger dient. Wir setzen uns für eine Entflechtung der städtischen Beteiligungen und Gesellschaften ein, die zu oft nur der Alimentierung dienen. Es ist die Aufgabe der Stadtverwaltung, durch Dienstleistungen und Infrastruktur die Bürgerinnen und Bürger mit essenziellen Gütern zu versorgen. Jede Aktivität, die über die Grundversorgung hinausgeht, muss privatwirtschaftlich investiert und betrieben sein.

Dazu wieder ein aktuelles Beispiel: Eine Markthalle, wie sie im ehemaligen Telekomgebäude geplant ist, ist nicht Gegenstand städtischer Daseinsvorsorge. Sie ist vom Ansatz nicht gemeinwohlorientiert, sondern kommerziell. Der mit 90 Millionen Euro geplante Umbau des Gebäudes und der geplante nachfolgende Betrieb sind risikoreich. Etliche Markthallen in Innenstadtlagen anderer Städte, auch im Ruhrgebiet, sind finanziell gescheitert. Die bestehenden Wochenmärkte leiden ohnehin schon unter nachlassender Nachfrage. Markthändler geben auf oder schränken ihr Angebot ein. Die geplante Kombination der Markthalle mit einer neuen Stadtbibliothek und der



Volkshochschule mag wohlklingend sein, ist jedoch konstruiert und nicht erfolgsversprechend, da jede Synergie fehlt. Wer Spargel kauft, möchte vielleicht auch ein paar Scheiben Schinken. Aber will er gleichzeitig auch ein Buch ausleihen oder einen Sprachkurs besuchen?

Wir wollen, dass die Stadtverwaltung keine privatwirtschaftlichen Aufgaben wahrnimmt und dadurch den örtlichen Unternehmern ins Handwerk pfuscht. Da wo private Unternehmer das Risiko scheuen, kann es nicht im Interesse der Allgemeinheit sein, mit Steuergeldern vermeintliche und dann zumeist unwirtschaftliche Lücken zu stopfen.

## 14 Zuwanderung und Integration

### 14.1 Integration

NRW ist das Bundesland mit dem größten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. Um mit diesen Einwanderern in Zukunft gedeihlich und konstruktiv zusammenzuleben, ist deren Integration unerlässlich. Nur so lässt sich auch das weitere Vordringen von Gegen- und Parallelgesellschaften verhindern. In historisch geübter Tradition bietet Bochum Migranten mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht und Eingebürgerten Sicherheit, berufliche Chancen und kulturelle Partizipation. Der Daueraufenthalt setzt gelungene Integration voraus. Zunächst hat aber jeder Einwanderer die unabdingbare Bringschuld, sich zu integrieren; er muss sich in Loyalität und Haltung seiner neuen Heimat verpflichten, nicht umgekehrt. Wer die Teilnahme an Integrationsmaßnahmen verweigert, schwänzt oder mutwillig abbricht, muss deshalb spürbar sanktioniert werden. Die Forderungen an „schon länger hier Lebende“, sie müssten sich der Kultur der Zuwanderer anpassen, lehnt die AfD kategorisch ab. Die überkommenen Werte, Sitten und Bräuche der Mehrheitsgesellschaft sind nicht verhandelbar. Die Entwicklung von Parallelgesellschaften wollen wir mit allen Mitteln des Rechtsstaates unterbinden.

Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zum Recht auf Asyl. Sie kritisiert jedoch, dass das Asylrecht sinn- und gesetzeswidrig zu einem Instrument für massenhafte illegale Einwanderung umfunktioniert wurde.

### 14.2 Keine Förderung verfassungsfeindlicher Religionsvereine

Die AfD fordert, dass keine baurechtlichen Sondergenehmigungen für religionsbezogene Bauten erteilt werden. Alle entsprechenden Vorhaben sind baurechtlich zu überprüfen, auch daraufhin, inwieweit sie das Stadtbild verändern. Wir widersetzen uns einer Förderung von verfassungsablehnenden Religionsgemeinschaften z.B. durch finanzielle Zuwendungen, verbilligte Überlassung von Grundstücken oder vereinfachte Baugenehmigungen. Der Genehmigung Lautsprecher-verstärkter öffentlicher Gebetsrufe in unseren Städten und Gemeinden werden wir mit allen rechtlichen Mitteln entgegenzutreten.

Wir verlangen, dass die Unterstützung von Vereinen und Institutionen, die verfassungsfeindliche Tendenzen vertreten oder die radikalen Organisationen Gehör verschaffen, eingestellt wird. Für uns bedeutet Religionsfreiheit, jedem Menschen zu erlauben, seine persönliche Religion oder Weltanschauung frei und ohne Beeinträchtigungen auszuüben. Dem Grundgesetz folgend, können die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten aufgrund der Wahrnehmung der Religionsfreiheit weder bedingt noch beschränkt werden. Das bedeutet aber auch, dass die Gebundenheit an die staatlichen Gesetze nicht durch die Berufung auf die Ausübung der Religionsfreiheit eingeschränkt werden kann. Die Schranke der Religionsfreiheit liegt zudem bei der uneingeschränkten Gewährleistung der Menschenwürde.

### 14.3 Sichere Heimat statt „Sicherer Hafen“

Bochum hat in den letzten Jahren weit mehr Asylbewerber aufgenommen, gepflegt und untergebracht, als die Stadt verpflichtet gewesen wäre. Das Soll ist übererfüllt und das erträgliche Maß längst erreicht. Die AfD hat sich im Stadtrat dagegen ausgesprochen, Bochum zum „sicheren Hafen“ für Mittelmeermigranten auszurufen. Ohne Not verpflichtet sich die Stadt, zusätzlich zur Zuweisungsquote Migranten aufzunehmen, die zum Teil von Schlepperorganisationen eingeschleust wurden, aufzunehmen. Die Forderung von Lokalpolitikern, Kirchen und NGOs, in Eigenregie und unter Umgehung bestehender Gesetze Migranten nach Bochum zu holen, ist verantwortungslos. Die

Möglichkeit staatlicher Kontrolle bei der Einwanderungspolitik wird so sukzessive unterhöhlt bzw. sogar abgeschafft. Stattdessen werden Anreize für eine lebensgefährliche Überfahrt über das Mittelmeer gesetzt.

#### 14.4 Abschiebeinitiative 2020 starten

Die AfD fordert eine Beendigung der Duldungspraxis durch die kommunale Ausländerbehörde und spricht sich gegen die Spurwechsel-Politik aus. Dabei erhalten ausreisepflichtige Ausländer die Möglichkeit einer Berufsausbildung inkl. einer Anschlussbeschäftigung für zwei weitere Jahre. Diese Regelung erweist sich in der Praxis als gleichbedeutend mit der nachträglichen Legalisierung der illegalen Einreise.

Die Abschiebeverweigerung der Ausländerbehörden ist untragbar. Der Vollzug der Ausreisepflicht von Ausländern ohne Bleiberecht ist, unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten, konsequent umzusetzen; Kettenduldungen müssen beendet werden.

Ausreisepflichtige Ausländer sind im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten zentral unterzubringen und mit Sachleistungen statt Geldleistungen zu versorgen. Integrationsmaßnahmen sind durch Fortbildungsmaßnahmen zu ersetzen, die die Migranten auf ihre Rückkehr in ihre Heimat vorbereiten.

Unabhängig von diesen Maßnahmen verfolgt die AfD das Ziel, zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht die Zuständigkeit in diesem Bereich vollständig an das Land NRW zu übertragen.

#### 14.5 Keine Gesundheitskarte für Asylbewerber

Die AfD hat im Stadtrat gegen eine Ausgabe von Krankenkassenkarten an Asylbewerber als freiwillige Leistung der Stadt gestimmt. Diese Karten bringen keine Entlastung für die Verwaltung, sondern erhöhen nur die Kosten der medizinischen Versorgung. Unverzüglich muss wieder das Behandlungs-Bewilligungsverfahren eingeführt werden.

#### 14.6 Leistungen für Asylbewerber anpassen

Das Asylgesetz sieht vor, dass Asylbewerber in Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes möglichst und ausschließlich Sachleistungen erhalten. Diese Regelung sollte auch – im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten – bei der Unterbringung in Bochum angewandt werden. Es besteht ansonsten die Gefahr, dass von der Zahlung hoher Geldleistungen Fehlanreize zur missbräuchlichen Nutzung des Asylrechts ausgehen.

#### 14.7 Altersüberprüfung für unbegleitete minderjährige Ausländer

Wir werden uns dafür einsetzen, dass grundsätzlich sämtliche „unbegleiteten minderjährigen Asylbewerber“ (UMA) routinemäßig durch das Jugendamt auf ihr tatsächliches Alter untersucht werden. Hohe Kosten von ca. 60.000 Euro pro Jahr und Person, verursacht durch eine nicht altersgerechte Betreuung, könnten so vermieden werden.

## **15 Kultur**

### **15.1 Kultur fördern, aber richtig**

Museen, Theater und Bibliotheken sind eine Bereicherung jeder Stadt. Die meisten Kulturangebote werden von Kommunen getragen oder von Vereinen, die auf kommunale Förderung angewiesen sind. Finanzierung und Förderung sind politischer Ermessenspielraum und gehören zu den freiwilligen Aufgaben der Kommunen.

Das Bochumer Kulturbüro fördert im Jahr 2020 neben dem Schauspielhaus und dem Musikforum 18 weitere Theater. Der Kulturbetrieb Bochums wird mit ca. 60 Millionen Euro von der Stadt bezuschusst. Bei den öffentlichen Ausgaben für Theater und Musik liegt Bochum mit pro-Kopf-Ausgaben in etwa gleichauf mit Hamburg und Berlin. Für die AfD nicht nachvollziehbar hat die sogenannte freie Kulturszene Förderzusagen für mehrere Jahre mit automatischer, jährlicher Erhöhung um 1% erhalten.

Während die sogenannte „freie Szene“ großzügige Förderung erfährt, wird auf der anderen Seite Veranstaltern von traditionellem Brauchtum (z. B. Karnevalsumzüge, Schützenfeste, Gänserreiten oder Martinszüge) die Durchführung durch ausufernde Bürokratisierung erschwert.

Wir unterstützen den Kunst- und Kulturbetrieb als tragenden Bestandteil unserer bürgerlich-humanistischen Ideale. Die Pflege von Kunst und Kultur fördert das Gewerbe und die Tourismusbranche. Kulturangebote dürfen aber nicht unter ideologischen Aspekten nach politischer Präferenz, gleich welcher Richtung, gefördert werden. Kommunale Fördermittel für politisch motivierte Kunst wollen wir daher streichen. Die Kulturförderung muss transparent, bedarfsgerecht und ohne Automatismus gestaltet werden.

### **15.2 Demokratische Grundhaltung einfordern**

Wir wollen in den kommunalen Förderrichtlinien eine Extremismus-Klausel verankern. Eine Verpflichtung, die die freiheitlich demokratische Grundordnung anerkennt, ist für die AfD die Voraussetzung für jedwede Förderung. Sämtliche Personen, die eine öffentliche Förderung von soziokulturellen Projekten beantragen, müssen bei Antragsstellung sich schriftlich verpflichten, nicht mit Vereinen und Gruppierungen zusammenzuarbeiten oder diese indirekt zu unterstützen, wenn deren Haltung und Handlungen verfassungsfeindliche Züge aufweisen. Wir sprechen uns zudem für ein Nutzungs- und Auftrittsverbot von Extremisten jeglicher Couleur in kommunalen oder anderen staatlich unterhaltenen Räumlichkeiten, wie etwa Schulen, aus.

### **15.3 Förderung mit Augenmaß**

Wir wollen, dass der Kulturhaushalt, gemessen am Gesamtbudget der Stadt, auf ein angemessenes Maß angepasst wird. Bochum bewegt sich beim derzeitigen Kulturetat auf dem Niveau einer Weltmetropole. Die Überfinanzierung einer Aufgabe führt unvermeidbar dazu, dass an anderen Stellen gespart wird. Zur Kostendämpfung setzen wir uns dafür ein, dass das Ruhrgebiet auch auf kulturellem Gebiet zusammenwächst. Nicht jede Stadt muss ein eigenes Theater oder ein eigenes Musikhaus mit Orchester unterhalten.

Wir fordern, die städtischen Subventionen und Förderungen, sei es, dass die Stadt diese direkt leistet oder über den Umweg städtischer Tochtergesellschaften, in allen Sparten detailliert offenzulegen. Die Bürger sollen wissen, welche Projekte, Bühnen und Vereine von der Stadt mit welchen Zuwendungen gefördert werden. Für diese Transparenz sollte

etwa auf jeder Eintrittskarte geförderter Kulturbetriebe der Zuschuss der Stadt Bochum ausgewiesen sein.

Statt einer ausufernden Förderung der sogenannten freien Kulturszene, erscheint es der AfD wichtiger, Kinder frühzeitig für Kultur zu begeistern. Wir wollen, dass jedes Kind die Möglichkeit erhält, ein Instrument zu erlernen. Wir unterstützen insofern das „JeKits“-Programm (jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen) und die Arbeit der Bochumer Musikschule. Wir setzen uns für die Neuausrichtung der Stadtbibliothek und Volkshochschule im Rahmen der Bochum-Strategie ein. Eine Stadt wie Bochum kann und sollte sich eine moderne Bibliothek, die die Möglichkeiten der digitalen Welt nutzt, leisten.

#### 15.4 Brauchtum pflegen

Regionales Brauchtum hat oft über Jahrhunderte unsere Region geprägt und ist somit wesentlicher Bestandteil von Heimat. Wir setzen uns dafür ein, dass Brauchtumpflege größere Beachtung erfährt. So ist etwa das deutsche Schützenwesen ein historisch gewachsenes, immaterielles Kulturerbe. Wir treten dafür ein, die Tradition des Schützenwesens als Ausdruck des aufgeklärten, selbstbewussten Bürgers in Bochum zu unterstützen und zu fördern. Traditionelle Veranstaltungen wie das Martinsfest sollen in ihrer ursprünglichen Form erhalten bleiben und dürfen nicht aus falsch verstandener Rücksicht umbenannt oder umgedeutet werden. Die Verwaltungsorgane müssen kooperativ mit den Ausrichtern zusammenarbeiten. Daher gehören sowohl Verkehrsregelung als auch Absicherung solcher Veranstaltungen zu den öffentlichen Aufgaben.







AfD Kreisverband Bochum  
Postfach 10 22 05  
44722 Bochum  
02327 / 836704  
[info@afdbochum.de](mailto:info@afdbochum.de)